

# Der lange Weg in die Einwanderungsgesellschaft

Heino Schomaker

## Plurale Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein

*Das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg und die Zeit des Nationalsozialismus hat in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen. Strategien eines in der Einwanderungsgesellschaft gemeinsamen Erinnerns sind bis dato allerdings nur rudimentär oder gar nicht vorhanden.*

Insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten hat sich eine breit getragene Erinnerungskultur manifestiert, die auch international interessiert und meist sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen wird. Das gilt bundesweit, lässt sich aber gerade auch in Schleswig-Holstein sehr gut nachzeichnen. Der 27. Januar, der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus aus Anlass der Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz 1945, ist Anlass für offizielle politische Veranstaltungen des Erinnerns. Seit zwei Jahren ist auch der 8. Mai, der bei den vormaligen Alliierten als Tag des Sieges über den Faschismus in Europa gefeiert wird, hierzulande als „Tag der Befreiung“ ein offizieller Gedenktag in Schleswig-Holstein. Er wird im Wesentlichen

von zivilgesellschaftlichem Engagement getragen.

An zahlreichen Orten sind Gedenkstätten und Erinnerungsorte entstanden, die Akteur\*innen seit etwa Mitte der 80er Jahre initiiert und oft gegen heftige Widerstände und Anfeindungen von Teilen der örtlichen Bevölkerung durchgesetzt haben. Heute sind diese Orte zentrale Bildungs- und Erinnerungsorte; sie sind in das lokale und landesweite Leben integriert, politisch und gesellschaftlich gewollt und öffentlich gefördert. In den kleinen KZ-Gedenkstätten im Lande wird das ehrenamtliche Engagement zunehmend durch hauptamtliche Mitarbeiter\*innen unterstützt und intensiviert. Für Bauerhaltung und Neubauten, für die Modernisierung von Ausstellungen und für zielgruppenbezogene Bildungsarbeit stehen finanzielle Mittel zur Verfügung.

Die 2002 gegründete Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten fördert und unterstützt diese Arbeit vor Ort und auf Landesebene. Der von ihr im letzten Jahr herausgegebene Wegweiser „Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ führt 17 Gedenkstätten und Erinnerungsorte auf, die sich in einer Landesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Harald Schmid, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerstiftung, weist darauf hin, dass in Schleswig-Holstein weit über 200 Lager für mehr als 130.000 Zwangsarbeiter\*innen existierten.

Das vielfältige und breit getragene Engagement der Akteur\*innen in der Bildungs- und Erinnerungsarbeit ist auch Ausdruck einer demokratischen Haltung, die gegen rechtsradikale, rassistische, islamophobe und antisemitische Einstellungen und Anfeindungen Position bezieht.

### **Selektive Perspektiven – erstarrte Rituale**

Aber ein distanzierterer und differenzierter Blick auf die bundesdeutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur legt auch Einsichten frei, die einer dringenden Analyse und offenen Debatte bedürfen. Eine – mittlerweile staatlich getragene – Gedenkkultur verflüchtigt sich immer wieder in erstarrte Rituale, genügt sich mit selektiven Blicken auf Vergangenheit, wird den aktuellen Fragen nach der Bedeutung der deutschen Geschichte für heutige und zukünftige Herausforderungen an eine demokratische Gesellschaft oft nur unzureichend gerecht.

Die jahrzehntelange gesellschaftliche Verweigerung einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland und die vielfach verweigerte individuelle Reflexion der eigenen Rolle und Verantwortung haben dazu geführt, dass sich Narrative gehalten haben, die auch heute noch wirkmächtig sind. Manche Opfergruppen sind fast vollständig aus der Erinnerung verschwunden. Vorurteile, Stigmatisierung und Antisemitismus prägen auch heute noch das Denken und Handeln vieler Menschen. Eine den nationalsozialistischen Verbrechen gerecht werdende juristische Verfolgung der Täter\*innen und ihrer Taten hat es, wenn überhaupt, nur in den ersten Nachkriegsjahren gegeben. Eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Versagen der bundesdeutschen Justiz bleibt bis heute aus.

### **Plurales Erinnern**

Diese kurz beleuchteten Aspekte können nur andeuten, vor welchen zentralen Herausforderungen die bundesdeutsche Gesellschaft weiterhin steht. Denn nach

„Das Höchste, was man erreichen kann,  
ist zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht  
anders gewesen ist.“ Hannah Arendt

wie vor geht es um die zentralen Fragen: Was soll von wem in welcher Weise und warum in der Erinnerung behalten werden? Gegenüber welchen Personen oder Gruppen ist diese Gesellschaft in der Pflicht zu einem empathischen und wertschätzenden Gedenken? Was bleibt ausgeblendet und wer eigentlich ist „diese Gesellschaft“ heute in einem Deutschland, das zu einem Einwanderungsland geworden ist?

Die Weise, wie Erinnerung sichtbar wird, zeigt, wie eine Gesellschaft sich selbst erzählt, wer dazu gehört und wer nicht. Eine plurale Erinnerungskultur muss sich als ein demokratisches, inklusives Projekt verstehen, das den Anforderungen einer vielfältigen Gesellschaft gerecht wird. Der Frage, wie dies konkret aussehen kann und muss, stellt sich auch für die „Coalition for Pluralistic Discourse“ (CPPD), deren Engagement vor allem auf die Ausbildung „zukünftiger europäischer Führungskräfte“ (Studierende und Promovierende) und die Schaffung eines europäischen Netzwerks zielt. Im Zentrum steht hier die Überzeugung, „dass, wer die Gegenwart und Zukunft im Sinne der radikalen Vielfalt gegenwärtiger Gesellschaften verstehen will, auch die Vergangenheit neu erzählen muss“. Die CPPD-Akteur\*innen erarbeiten dafür neue künstlerische, zivilgesellschaftliche, bildungspolitische und didaktische Konzepte und Ideen. Aus ihrer Sicht ist Erinnerungskultur ein eminent politisches Projekt: „Sie enthält eine Deutung von Geschichte, eine Interpretation von Gegenwart, Visionen von Zukunft sowie Identitätsangebote. Erinnerungskultur macht bestimmte Gruppen und ihre Perspektiven sichtbar und schließt damit andere Gruppen und Sichtweisen aus“.

Und Erinnerungskultur entwickelt sich dynamisch mit gesellschaftlichen und poli-

tischen Konstellationen und dem Engagement der Träger\*innen von Erinnerung. Zentral sei die Entwicklung europäischer Erinnerungskulturen, die Anerkennung, Sichtbarmachung und Stärkung der Vielfalt europäischer Erinnerungsmomente und das Ernstnehmen ihrer Träger\*innen, die mit ihren Erinnerungen an Flucht und Vertreibung, Gewalt, Entmündigung und Überleben die europäische Gesellschaft prägten. „Dazu gehört sowohl die Einbindung europäischer Diskurse, etwa um Postkolonialismus, Antisemitismus und Rassismus als auch die Einbeziehung von Erinnerungskulturen und –praktiken vielfältigster gesellschaftlicher Gruppen und Communities, u. a. Sinti\*zze, und Rom\*nja, Homosexuelle oder Menschen mit Behinderung, ohne die die Stärkung des gesamtgesellschaftlichen Erinnerns nicht möglich ist.“ Die CPPD steht somit auch für eine Wende von einer identitätspolitisch und monokulturell ausgerichteten Erinnerungskultur hin zur Anerkennung pluraler europäischer Gesellschaften und vielfältiger Erinnerungskulturen.

### **Interkulturelle Erinnerungsarbeit in Schleswig-Holstein**

Wie kann nun dieser spannende und notwendige Diskurs auch für die Weiterentwicklung der Gedenk-, Erinnerungs- und NS-bezogenen Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein genutzt werden? Erste gemeinsame Überlegungen von Akteur\*innen aus der Gedenkstätten-szene und der flüchtlingssolidarischen Arbeit hat es dazu im August 2021 auf der 14. Landesgedenkstättenkonferenz in Leck gegeben. Diese sollen jetzt fortgeführt und intensiviert werden. Den Beteiligten ist sehr klar, dass es dabei nicht nur um eine formale Öffnung bestehender

Informations- und Bildungsangebote für weitere Zielgruppen gehen kann.

Mit Blick auf die Geschichte einiger Herkunftsländer von hierzulande Asylsuchenden gelte es, sich Parallelen zu vergegenwärtigen, ist Ludmilla Babayan vom Projekt Souverän beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein überzeugt: „Der Nationalsozialismus und seine Wehrmacht haben in vielen Ländern zu dramatischen Zerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und systemischen Verwerfungen geführt. Im Zuge einer Verlängerung von Geschichte wirken diese bis heute in bestehenden Gewalt- und Machtverhältnissen und in autoritären, diskriminierungsintensiven Strukturen fort und sind für die regelmäßige Reproduktion von Fluchtgründen zumindest mitverantwortlich. Wir müssen danach fragen, mit welcher eigenen Geschichte Menschen zu uns kommen und wie eine umfassende Erinnerungskultur gemeinsam gestaltet werden kann. Dazu gehört, auch als Ausdruck eines nachhaltigen Integrationsprozesses, den Einwandernden Möglichkeiten zu eröffnen, auch die Geschichte des Einwanderungslandes zu erschließen und ihre Auswirkungen auf die strukturelle und gesellschaftliche Gegenwartskultur transparent zu machen.“

Integrations- und Orientierungskurse und Einbürgerungstests, die allenfalls schematisch den institutionellen und normativen Status Quo Deutschlands abbilden, aber es systematisch unterlassen, diesen historisch herzuleiten, sind hier erfahrungsgemäß keine zielführenden Formate.

In der Flüchtlings-solidaritätsarbeit engagierte Organisationen und Gedenkstätten in Schleswig-Holstein haben sich aber längst auf den Weg gemacht – erinnert sei hier u. a. an Bildungsangebote der ZBBS oder an interkulturelle Workcamps an Erinnerungsorten. Autochthone und Eingewanderte haben dabei erste gute Erfahrungen bei der gemeinsamen Aneignung der vom nationalsozialistischen Deutschland geprägten Geschichte und seiner in Schleswig-Holstein auffindbaren Spuren gemacht. Der Flüchtlingsrat wird sich an den damit einhergehenden Diskursen beteiligen und gemeinsam mit Kooperationspartner\*innen eigene Bildungs- und Partizipationsprojekte entwickeln und realisieren.

Heino Schomaker ist Mitglied im Vorstand des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e. V. und engagiert sich auch in der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein.